

Ausführungen zum Haushalt 2023 der Stadt Frankenthal.

Die GRÜNEN – offene Liste, Dr. Gerhard Bruder.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste.

Wie jedes Jahr in der Adventszeit auch heute wieder die Königsdisziplin des Parlamentarismus, nämlich die Etatberatungen.

Nach der Lektüre des Haushaltsentwurfes ist es wie immer: Einiges ist zu loben, einiges zu kritisieren, einiges anzumahlen.

Ein paar positive Dinge vorweg:

Die Haushaltsrede unseres Oberbürgermeisters war noch nie so „grün“ wie dieses Jahr.

Seine Ausführungen zum Energiewandel, zum Thema Windkraft und Photovoltaik und zur klimagerechten Stadtentwicklung haben ein grünes Herz höher schlagen lassen.

Auch die Ausführungen, dass eine lebendige und zukunftsfähige Innenstadt einen attraktiven Nutzungsmix vorweisen muss, erinnert mich an viele Sätze, die ich in diesem Zusammenhang immer wieder gebetsmühlenhaft wiederholt habe. Na ja, steter Tropfen höhlt auch einen OB-Stein.

Respekt Herr Oberbürgermeister. Dass wir in der Klimafrage auf kommunaler Ebene alles tun müssen was uns möglich ist, scheint ja jetzt, Gott sei Dank, Allgemeinüberzeugung zu werden.

Auch die Rede der Fraktionsvorsitzenden der CDU ist massiv grün unterlegt.

Auch zolle ich meinen Respekt gegenüber der Verwaltung, die meines Erachtens einen vernünftigen Haushaltsentwurf vorgelegt hat, der durchaus den Spagat zwischen Machbarem und Wünschenswertem geschafft hat.

Dass wir 4 Millionen Überschuss haben, ist ein schönes Weihnachtsgeschenk.

Ich hoffe, dass diese Entwicklung die ADD etwas ausbremst in ihrem ständigen, in der letzten Zeit allerdings etwas leiserer gewordenen, Geschimpfe über unsere freiwilligen Leistungen.

Allerdings muss man natürlich auch bei diesem Ergebnis Realist bleiben. Wenn die Veränderungen im kommunalen Finanzausgleich, die uns immerhin 10 Millionen in die Kassen gespült haben, nicht gewesen wäre, würde die gesamte Situation wesentlich düsterer aussehen.

Ein weiterer Lichtstreif am Horizont ist wohl die Frage der Übernahme der Altschulden.

Wie aus der Verwaltung zu hören, wären hier unter Umständen bis zu 98 Millionen zu erwarten zur Abtragung der Altschulden.

Es steht allerdings dann auch wiederum im Raum, dass dann von der ADD extrem strenge Auflagen zu erwarten sind und immer ein ausgeglichener Haushalt gefordert werden wird auf Teufel komm raus. Warten wir es ab.

Allerdings bewegt sich dieses stolze Schiff des positiven Jahresabschlusses 2023 auf unruhiger See und an jeder Ecke sind irgendwelche Klippen.

Die allgemeine Weltlage, der Krieg in der Ukraine mit allen seinen Folgen, die Inflation, die Zinsentwicklung, die Gasmangellage, die eventuelle Coronaentwicklung, Frage nach

Menge der Flüchtlinge, die zu erwarten sind, unsichere Entwicklungen im Krankenhaus und Stadtwerkebereich.

Dies alles sind Punkte, die relativ unwägbar sind, die viele negative Überraschungen in sich bergen können und somit doch eine gewisse Unsicherheit beim Blick in die Zukunft hervorbringen.

Aber negative Dinge oder Gefahren, die eventuell drohen, können auch etwas Positives haben, da man bereiter ist, neue Ideen zu haben und neue Wege zu gehen.

Wenig Positives sehe ich allerdings in unserem zweitgrößten Haushaltsansatz, nämlich im Sozialhaushalt. 44,8 Millionen sind hier angesetzt, wobei lediglich 22 Millionen als Vergütung anstehen.

Da es sich bei den Aufgaben im Sozialhaushalt fast durchgehend um Pflichtaufgaben handelt, halte ich diesen Deckungsgrad weiterhin einfach für skandalös.

Wagt man einen Blick in die Zukunft, dann kann man davon ausgehen, dass die Hilfe zur Pflege, die Hilfe bei Altersarmut und der kommunale Anteil im Bereich Arbeitslosengeld II weiter steigen werden.

Wie können wir hier gegensteuern? Die Mittel sind sicherlich überschaubar und versprechen keinen Sofort Erfolg. Allerdings rege ich an dieser Stelle jedes Mal an, dass gehandelt werden muss bevor Menschen diese Hilfen in Anspruch nehmen müssen. Unten investieren, oben sparen.

So müssen wir bei der Hilfe zur Pflege alle Kraft auf den Ausbau der ambulanten Hilfsmaßnahmen setzen, um zu verhindern, dass Menschen letztlich in stationären Einrichtungen gepflegt werden müssen.

Dies erfordert sicherlich Kraft und Investitionen, hilft jedoch aber letztlich an den großen Brocken zu sparen.

Vom Menschlichen will ich gar nicht reden. Ich denke es ist unumstritten, dass es in jeder Hinsicht human ist, alte Menschen so lange als möglich in ihrer gewohnten Umgebung zu versorgen.

Angesichts der demographischen Entwicklung, die eine erhebliche Überalterung unserer Gesellschaft in den nächsten Jahren prognostiziert, (und wir sind ja sonst auch immer sehr Statistik und Prognose hörig) können wir davon ausgehen, dass hier die Zahl der Menschen, denen es droht, Hilfe zur Pflege annehmen zu müssen, steigen wird.

Der Anstieg der Hilfen bei Altersarmut sind jetzt die negativen Folgen unserer Minijob-Politik und das Ergebnis, dass viele Frauen in Teilzeit arbeiten müssen, weil die Kinderbetreuung nicht entsprechend funktioniert und bei einem Auseinanderbrechen der Ehe dann entsprechend vor den negativen Tatsachen stehen.

Daraus folgert, dass wir die Kinderbetreuung entsprechend fördern und ausbauen müssen.

Ich weiß, dass hier auch ein Personalproblem besteht, aber das darf uns zumindest in unseren Bemühungen nicht blockieren.

Was die Zuschüsse zum kommunalen Anteil Arbeitslosengeld II betragen, sehe ich keine wesentliche Veränderung.

Der Bodensatz von offensichtlich nur schwer oder nicht vermittelbaren Arbeitslosengeld II-Empfängern hat sich in den letzten Jahren trotz hoher Beschäftigung, Arbeitskräftemangel etc. nicht grundlegend verändert.

Hier kann man nur hoffen, dass die Bemühungen jetzt im Zusammenhang mit dem neuen Bürgergeldgesetz Früchte tragen werden.

Wir leben zurzeit in Zeiten, die so viele grundlegende Veränderungen in einer Gesellschaft erforderlich machen werden, wie es nur alle hundert Jahre einmal vorkommt. Wir müssen die Energiewende stemmen, um nicht in den Folgen der Klimakrise unter zu gehen.

Wir müssen die Mobilitätswende stemmen, wir müssen unser gesamtes Verhalten umdenken, um die Auswirkungen des Klimawandels zu bremsen.

Hinzu kommen noch Dinge wie Kriege, Inflation, Covid und wohl auch in Zukunft zunehmende Flüchtlingsströme.

Dies ist eine Mischung, die unserer Gesellschaft extrem viel abverlangen wird.

Ein weiter so wie bisher, wird in der Katastrophe enden.

Es gibt einen Satz der lautet: In Gefahr und höchster Not bringt der Mittelweg den Tod. Ich glaube er stammt sogar aus der Bibel.

Das heißt, dass wir in dieser Situation neue Wege gehen müssen. Neue Gedanken denken müssen. Althergebrachte Gewohnheiten über Bord werfen müssen.

Wir werden in vielen Dingen auch unser bisheriges gedankenloses Wirtschaften im Luxus überdenken müssen und reduzieren müssen.

Wir müssen als Gesellschaft neue Wege gehen.

Wir müssen den Mut haben, neue Wege zu gehen.

Manche davon werden sich als Sackgasse erweisen. Aber wenn wir das nicht tun, wenn wir eine Gesellschaft sind, die in diesen Situationen nicht den Mut hat, Neues zu wagen, diese Gesellschaft wird hinten runter fallen. Und die Gesellschaft ist nicht irgendwer, irgendwo, sondern wir alle.

Gedanken, Richtlinien und Wege aus dieser Situation zu erörtern und zu planen, können allerdings nicht allein Aufgabe von irgendwelchen Klimakonferenzen sein.

Die Reaktion auf diese Veränderungen muss auch auf kommunaler Ebene in Angriff genommen werden und beginnen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang unter dieser Prämisse einige Handlungsfelder aufzeigen, die für unsere Stadt in Zukunft entscheidend sein werden und wo wir die richtigen Weichen stellen müssen.

I. Stadtentwicklung

Fangen wir mit der Stadtentwicklung an.

Den Ausführungen des Herrn OB stimme ich zu, nämlich dass wir mit dem Programm aktive Zentren eine große und wohl auch nicht beliebig wiederholbare Chance haben, unsere Innenstadt zu verändern.

Auch stimme ich dem Satz aus der OB-Rede uneingeschränkt zu, dass eine klimagerechte Stadtentwicklung eine Zielsetzung ist mit hoher Tragweite für künftige Generationen.

Die Stadtklimaanalyse, die jetzt vorgelegt wird, müssen wir dann aber nicht nur auf Papier haben, sondern auch umsetzen.

Wir müssen eine Klima angepasste Veränderung unserer Stadt auf die Reihe bekommen.

Was können wir auf kommunaler Ebene in dieser Hinsicht tun?

Wir müssen unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß so niedrig wie möglich halten, wir müssen eine Durchgrünung unserer Stadt erreichen und dafür gilt es, um es mal etwas drastisch auszudrücken, jeden Baum zu retten.

Auch Dinge, wie Begrünung von Fassaden, hat einen sehr positiven Einfluss auf Hitze, Feinstaub und CO<sub>2</sub>.

Wenn ich nun höre, dass die Bahn ablehnt, ihren an Hässlichkeit kaum zu übertreffenden Betonblock, was sich Stellwerk nennt, mit Pflanzen zu Begrünen, da sie einen vermehrten Angriff von Spinnen befürchtet, verschlägt mir die Sprache.

Als ob eine Spinne unbedingt Grünzeug braucht, um eine Mauer hoch zu krabbeln. Und ob man nicht eventuelle Schlitze mit einem Spinnennetz absichern könne.

Genau dieses unangepasste und unflexible Denken ist fatal und wird uns nicht aus den Krisen helfen.

Wenn die Bahn überall so vorgeht, wundert es mich nicht, dass heutzutage ein Zug entweder gar nicht kommt, verspätet kommt oder vielleicht ab und zu mal pünktlich kommt.

Aber die Innenstadt besteht nicht nur aus Bahnhofsvorplatz.

Wie bereits erwähnt, müssen Innenstädte in ihrer Funktion sich anpassen und verändern.

Sie müssen einen attraktiven Nutzungsmix vorweisen, wie der Herr OB ja schon betont hat.

Das Besuchen der Innenstadt wird nicht mehr allein nur dazu da sein, um irgendwelche Dinge einzukaufen, sondern es muss in gewisser Weise Eventcharakter bekommen.

Es müssen viele Bäume, Büsche und Blumen in der Innenstadt sein, ausreichende Sitzgelegenheit, Wasser, Spielplätze für Kinder, großzügige Außengastronomie etc. etc.

Der Deutsche Städtetag predigt dies seit einiger Zeit gebetsmühlenhaft, einige Städte sind hier auch schon beispielhaft vorangegangen. Wenn wir nicht wollen, dass in unserer Innenstadt zukünftig nur noch Discounterketten-Geschäfte oder Billigläden vorhanden sind und die Einwohner geführten Geschäfte völlig verschwinden, müssen wir hier schnell und nicht erst in 5 Jahren aktiv werden.

## II. Wohnraumentwicklung

Ein zweiter wichtiger Punkt für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt ist die Schaffung von Wohnraum. Ich will dabei nicht die heilige Kuh von 2000 Wohneinheiten hier zwanghaft vor mir her tragen, die irgendwelche Regionalplaner für uns als Stadt mit dem Schwerpunkt Wohnen ausgedacht haben.

Für mich ist entscheidend:

Was wollen wir? Wollen wir Wohnraum schaffen für Zuwanderung aus den Zentren der Metropolregion oder wollen wir Wohnraum schaffen für unsere Bedürfnisse?

Unsere Ressourcen sind begrenzt. Insofern werden wir in Zukunft in großem Ausmaß Abschied nehmen müssen von Einfamilienhaussiedlungen und uns vermehrt dem Geschößwohnungsbau zuwenden müssen.

Wie auch in der Stellungnahme der Agentur für unser Wohnraumentwicklungskonzept zu lesen ist, ist angesichts der gesamten Entwicklung zu erwarten, dass vermehrt Mietwohnungen gefragt sind.

Wir müssen auch dann darauf achten, dass die Auflage für 30% geförderten Wohnungsbau eingehalten wird.

Auch ist die demographische Entwicklung im Auge zu behalten. Laut allen Prognosen wird die Bevölkerung altern, es wird also folgerichtig ein vermehrter Bedarf an kleineren Wohnungen und altersgerechten Wohnungen in Zukunft vorherrschen.

Wir müssen deshalb in Zukunft auch vermehrt die Schaffung von altersgerechtem Wohnraum und von Single-Wohnungen im Auge behalten.

Diese Punkte sind vor allem im nächsten Flächennutzungsplan, den wir jetzt erstellen werden, zu bedenken und in den Fokus zu rücken.

Angesichts unserer begrenzten Ressourcen an Grund und Boden ist selbstverständlich Innenstadtentwicklung vor Außenentwicklung vorzuziehen, ich hoffe, dass die Baugebiete am ehemaligen Sternjakob-Gelände, am Realgelände und am KBA-Parkplatz jetzt dann zügig in die Gänge kommen, dies würde schon eine gewisse Entspannung auf unserem Wohnungsmarkt bedeuten.

Der Verband Region Rhein-Neckar hat jetzt die bisherige Gebietsplanung, z. B. FT 01, größtmäßig reduziert. Im Gegensatz zur Stadtverwaltung bedaure ich dies nicht.

### III. Energiewende

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt für unsere zukünftige Stadtentwicklung ist, wie wir unserer Energieversorgung in Zukunft bewerkstelligen.

Hier begrüße ich, dass sich die Erkenntnis, so viel wie möglich Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern zu installieren, bei der Verwaltung durchgesetzt hat und dass auch die Stadtwerke in dieser Hinsicht aktiv werden wollen.

Wir haben ein unendliches Potential an Industriedächern, hier können wir eine große Menge Strom produzieren, wenn wir es nur beherzt angehen.

Auch müssen wir darauf achten, dass die jetzt ja wohl ab Januar nächsten Jahres geltenden Bestimmungen, dass große Parkplätze von Supermärkten zu überdachen und mit PV-Anlagen zu versehen sind, auch umgesetzt werden.

Aber auch Kleinvieh macht Mist. Insofern sollten wir durchaus die Möglichkeit von kleinen Anlagen, wie sogenannten Balkon-Photovoltaik-Anlagen, fördern und unterstützen.

Ein entsprechendes Landesprogramm ist jetzt aufgelegt, es sind 1,2 Millionen Euro Fördermittel für Frankenthal in diesem Zusammenhang vorgesehen.

Ich begrüße es sehr, dass die Stadtwerke hier jetzt entsprechende Beratungsfunktion für Bürger und Hausbesitzer übernehmen wollen, um hier die Möglichkeiten, die Vor- und die Nachteile einer PV-Anlage auf dem eigenen Dach darzustellen und zu beraten und am besten auch durchzuführen.

Ein großer Punkt ist in diesem Fall selbstverständlich auch die Wärmeversorgung, die ja einen wesentlichen Anteil an Gasverbrauch hat.

Hier sind neue Wege zu gehen, wie Erdwärme, Wärmepumpen und vor allem Fernwärme. Auch wenn ich die Umsetzung (es handelt sich ja wohl um ein Generationenprojekt) nicht mehr erleben werde, begrüße ich sehr die Ideen und Vorstellungen einer Fernwärmeversorgung von großen Teilen Frankenthals in Zusammenarbeit mit der BASF.

Immerhin läuft dort das Abwasser der Kläranlage sommers wie winters mit 25° in den Rhein. Auch hier auf diesem Wärmesektor sind die Stadtwerke gefordert und müssen eine Pionierfunktion im Hinblick auf Beratung und Umsetzung einnehmen, wovon ich tendenziell überzeugt bin.

Auch müssen wir darauf achten, dass bei größeren Bauprojekten und Quartierentwicklung dieser Aspekt mehr beachtet wird und keine Einzelheizung in den Häusern mehr in Angriff genommen werden.

#### IV. Verkehrsentwicklung

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, wie wollen wir den Verkehr in unserer Stadt gestalten?

Ich gehöre nicht zur Fraktion der Autohasser, die jeden PKW aus der Stadt verbannen wollen.

Aber ein Umdenken in dieser Richtung ist sicherlich erforderlich.

Dazu gehört endlich die Umsetzung eines Verkehrskonzepts, um Verkehrsströme so zu leiten, dass die Innenstadt entlastet wird bzw. ein Parkraumbewirtschaftungskonzept.

Man muss dann allerdings auch dafür sorgen, dass Anwohnerparkraum auch Anwohnerparkraum ist und nicht einfach zugestellt wird.

Die Förderung und weiteren Ausbau des ÖPNV brauche ich nicht extra zu erwähnen.

Wir müssen endlich die Radwegesituation verbessern, Radwege sanieren oder auf Straßen entsprechende geschützte Bereiche für Radfahrer verwirklichen.

Dies wird zwar die heilige Kuh Auto beeinträchtigen, aber Verkehrsberuhigung ist immer auch in irgendeiner Form Verkehrsbeeinträchtigung. Dazu müssen wir einfach stehen.

Auch carsharing ist ein weiterer Schritt in der Mobilitätswende, ich freue mich, dass entsprechende Pläne in der Verwaltung vorliegen.

Von Elektromobilität brauche ich wohl nicht extra zu sprechen. Wir haben hier einen großen Aufholbedarf, es müssen vermehrt Elektroladestationen geschaffen werden, die Bezahlung an diesen Stationen muss vereinfacht werden.

Es ist unterirdisch, dass man hier entweder ein IT-Spezialist sein muss oder vermehrt irgendwelche Sammelsurien von Karten bereithalten muss, um dort tanken zu können.

Auch sollten wir bei allen Bauplänen für Mehrfamilienhäuser, Parkplätze für Supermärkte etc. darauf achten, dass entsprechende Ladestationen errichtet werden.

So wie die Bundesregierung bisher im Bereich Verkehrswende agiert, können wir uns nicht zum Vorbild machen. Immerhin hat das Bundesverfassungsgericht der Regierung ins Buch geschrieben, dass sie entsprechend im Hinblick auf den Klimawandel aktiver werden muss, da sie ansonsten die Zukunftsaussichten der uns folgenden Generationen zerstört.

Das Verkehrsministerium ist unendlich weit davon entfernt Konzepte zu haben, wie sie den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren wollen, so wie es jedem Ministerium eigentlich vorgeschrieben ist.

Dass keine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen durchgesetzt werden konnte und am Widerstand der FDP gescheitert ist, zeigt genau noch einmal diese Geisteshaltung auf, die ich etwas vorher angeprangert habe.

Immer weiter so, freie Fahrt für freie Bürger, dies wird nicht mehr gehen.

Auch wenn der Herr Lindner dann vielleicht den Fuß von seinem Porschegaspedal etwas nehmen muss, ist mir in diesem Zusammenhang völlig wurscht.

Und den Satz von unserem Herrn Verkehrsminister, dass er so schnell eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 100 Kilometer auf den Autobahnen nicht einführen könne, weil es an Schildern mangle, kann ja nur ein Satz aus Schilda sein.

Auch finde ich es nicht staatserschütternd, dass es junge verzweifelte Leute gibt, die in der Gruppierung last generation sich auf Autostraßen festkleben und dadurch die heilige Kuh Auto etwas beeinträchtigen und behindern.

Die öffentliche Diskussion darüber ist grauenhaft. Da wird zum Beispiel in den Tagesthemmen das Szenario von 2 bis 4 ° Erwärmung als ewiger Alptraum des Weltuntergangs abgetan.

Oder ein ZDF-Talkshow-Moderator erklärt, dass der Mensch sich doch einfach anpassen soll an die Folgen der Erderhitzung.

Die Kritik am Protest wird unterfüttert, indem man die Dringlichkeit des Themas in Frage stellt. Die Klimakrise als Menschheitsproblem, man soll sich doch nicht so haben.

Das Aufjaulen großer Teile von Politik und Öffentlichkeit, die zunehmend eskalierende Rhetorik, mit der eine Eskalation der Proteste beklagt wird, die Bezeichnung als Klimachoten oder Klima-RAF, wie sich Herr Dobrindt erdreistet zu sagen, die geführte Debatte um die Rechtmäßigkeit der Mittel, all diese Abwehrreaktionen sind kein Zeichen für das Scheitern der Klimabewegung, sondern eher für eine stattfindende gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Präventive Haft wie in Bayern ist eines Rechtsstaats unwürdig. Dabei kann die Forderung, den Protest gefälligst sozialverträglicher abzuhalten, also bitte irgendwo da, wo man niemandem auf den Wecker geht, nicht erfüllt werden.

Der Ärger gehört dazu.

An dem Tag, an dem die Vereinigung last generation zu einer Terrororganisation erklärt wird, werde ich mir eine Tube Schnellkleber kaufen und mich zum Terroristen erklären.

Ich habe versucht, einige Ziele und Wege aufzuzeichnen im Zusammenhang mit Problemen, die uns in den nächsten Jahren als Kommune beschäftigen werden.

Der Klimawandel ist eine Angelegenheit, die wir nur einigermaßen eindämmen können, wenn wir, wie ich bereits gesagt habe, neu denken und neue Wege gehen.

Es ist durchaus auch an der Zeit und angemessen, sich hier einmal aufzuregen und klare Worte zu sprechen.

Denn wir haben keine Zeit mehr, wir können nichts mehr auf später verschieben.

Die Investitionen in unserem Haushalt trage ich mit, sie sind vorwiegend Investitionen, wie man so schön sagt, in die Zukunft, Kindertagesstätten, Schulen etc.

Dass wir dafür auch das nötige Personal requirieren müssen, ist schwierig, aber auch hier sind wohl neue Ideen und neue Maßnahmen erforderlich.

Im Bereich Soziales möchte ich noch nachtragen, dass ambulante Hilfen meines Erachtens die einzige Möglichkeit sind, hier gegenzusteuern. Wer unten investiert, wird oben ernten. Das gilt für Kinder, das gilt für Schulen, das gilt aber auch für ältere Menschen.

Auch im Bereich Suchtberatung gilt dasselbe. Es war ein guter Weg von uns, die Suchtberatung in kommunaler Regie zu behalten, den Standort in der Bahnhofstraße zu behalten und die Kooperation mit der Stadtklinik einzugehen.

Suchterkrankungen führen im Finalen immer zu massiven Beeinträchtigungen und Schäden am Einzelnen, an seiner Familie und an der Gesellschaft insgesamt.

Deshalb muss die Schwelle so niedrig als möglich sein, um den Hilfebedürftigen hier das Aufsuchen der Hilfe so leicht als möglich zu machen.

Aber auch hier gilt, dass es Situationen und Menschen gibt, die es nicht schaffen, von sich aus eine entsprechende Institution aufzusuchen.

Auch hier sind ambulante aufsuchende Hilfen ein wesentlicher Bestandteil.

Dasselbe gilt für präventive Maßnahmen. Hierfür ist das Personal der Suchtberatungsstelle leider nicht voll ausreichend.

Hier sollte eine Erhöhung des Stellenplanes erfolgen. Auch wenn dies jetzt etwas Geld kostet, wird es aller Erfahrung nach letztlich der Gesamtheit Geld einsparen und dem einzelnen Menschen, seiner Familie und seinem Umfeld es erleichtern, aus diesem Teufelskreis der Abhängigkeit herauszukommen.

Was das Krankenhaus angeht, sind die jetzt anlaufenden Minusbeträge sicherlich nicht gut und es muss versucht werden, hiergegenzusteuern.

Eine gewisse Hoffnung setze ich in die Pläne des Gesundheitsministers, die Fallpauschalen wieder durch ein anderes Abrechnungssystem zu ersetzen, auch wenn wir umdenken müssen im Hinblick auf die Funktion eines Krankenhauses.

Der ambulante Bereich wird in Zukunft zunehmen und eine größere Bedeutung erzielen. Dazu gehören z. B. auch Ideen und Pläne, dass Patienten, die nicht unbedingt darauf angewiesen sind, die Nacht über im Krankenhaus bleiben zu müssen, sondern abends nach Hause gehen und morgens wieder kommen können und dadurch Personal und sogenannte Hotelkosten eingespart werden können.

Auch die Einrichtung des MVZ im neurologischen Bereich zieht positive Synergieeffekte nach sich.

Wenn möglich, sollten wir auch auf anderen medizinischen Gebieten hier einen Fuß in die ambulante Versorgungswelt bekommen.

Insgesamt bin ich aber nicht pessimistisch, was den Bestand und die Zukunft unserer Klinik angeht. Allein die Tatsache, dass das Land in unser Krankenhaus massiv investiert hat im Zusammenhang mit dem Ausbau der Ambulanz, mit dem Ausbau der Intensivstation und jetzt vor allem mit der Beteiligung an dem riesigen Schritt des Neubaus und der PIA in Limburgerhof zeigt, welche Bedeutung das Land unserer Klinik in unserer Region zubilligt.

Das ist ja nicht automatisch selbstverständlich angesichts der Klinikdichte in unserem Raum.

Ich habe mich jetzt bei meinen Ausführungen nicht darauf bezogen, einzelne Punkte, einzelne Produkte oder einzelne Maßnahmen im Detail zu beleuchten und zu überlegen, ob hier oder dort ein paar tausend Euro eingespart oder nicht eingespart werden können. Ich habe versucht darzustellen, welche Probleme auf unsere Stadt in der nächsten Generation zukommen werden und welche neue Geisteshaltung wir entwickeln müssen, um damit zu recht zu kommen.

Es wird sicherlich auch Abstriche geben müssen. Nicht alles was in Zeiten des Luxus als selbstverständlich galt, wird wohl erhalten werden können.

Aber wenn wir uns alle sozial verhalten und nicht dem Egoismus schrankenlos Raum lassen, dann haben wir gute Chancen, diese grundlegenden Veränderungen auch zu meistern.

Neue Ideen, neue Gedanken und neue Verhaltenswege sind dazu allerdings erforderlich. Das geht aber nur zusammen. Politik, Verwaltung und Bürger müssen hier zusammenstehen.

Wir haben in den letzten Jahren viel Bürgerbeteiligung gelebt und durchgeführt, ich möchte nur an das Bauvorhaben am Pilgerpfad erinnern.

Es ist richtig, sich hier auszutauschen mit den Betroffenen, Anregungen, Klagen und Beschwerden sowie Vorschläge entgegenzunehmen, sie abzuwägen und mit einzuplanen.

Allerdings gibt es, und ich habe das schon ein paar Mal gesagt, Allgemeininteressen und Individualinteressen und es ist Aufgabe der Politik, dann irgendwann zu entscheiden und einen vernünftigen Ausgleich zwischen Eigen- und Allgemeininteresse zu schaffen.

Und dann muss die Politik entscheiden, dafür sind wir gewählt, das ist unsere Aufgabe.

Wir werden nie immer von allen geliebt werden in diesem Zusammenhang.

Ich bin ein alter Mann, aber Gott sei Dank funktioniert mein Kopf noch besser als meine Knie.

Ich möchte auch nicht in die Rolle verfallen, dass die Alten immer alles schlecht sehen und es wird alles schlechter kommen und früher war alles besser. So bin ich nicht.

Ich möchte mit meinen Ideen und mit meiner politischen Arbeit mitarbeiten an der Entwicklung unserer Kommune, ich möchte mithelfen neue Wege zu denken und zu gehen, ich möchte mithelfen, dass wir die notwendigen Veränderungen und den notwendigen Wandel schaffen im Interesse derer, die nach uns kommen.

Aber ich glaube an die Zukunft. Denn wer das nicht tut, läuft Gefahr, die Gegenwart an die Vergangenheit zu verlieren.

Ich wünsche allen selbstverständlich ein frohes Weihnachtsfest, hoffentlich in einer nicht zu kalten Stube, Glück und Gesundheit im nächsten Jahr.

Ich bedanke mich auch bei allen, die mitgearbeitet haben, der Verwaltung, den kommunalen Betrieben, in Krankenhäusern, Kindertagesstätten vom Direktor bis zur Reinemachefrau. Alle haben ihren Teil dazu beigetragen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein gutes Jahr 2023.